

CDU Eiertanz vor der Pause

Das Bundeskabinett wird sich erst nach der Sommerpause mit der Tarifeinheit beschäftigen. Ein Gesetz soll das Prinzip „ein Betrieb, ein Tarifvertrag“ wieder stärken und den Einfluss von Spartengewerkschaften einschränken. Nachdem ein Eckpunktepapier für ein solches Gesetz vorige Woche kurzfristig von der Tagesordnung genommen wurde, wird es auch diese Woche auf Wunsch von Union und Kanzleramt nicht im Kabinett behandelt. Ursprünglich hatte Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) ihre Arbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) aufgefordert, zügig ein entsprechendes Eckpunktepapier vorzulegen. Daraufhin hatte Nahles die Kabinettsvorlage erarbeitet und mit allen zuständigen Ressorts abgestimmt. Allerdings ist das Vorhaben – ursprünglich auch auf Wunsch des Deutschen Gewerkschaftsbunds und der Arbeitgeberverbände in den Koalitionsvertrag aufgenommen – in den vergangenen Monaten nicht nur bei den Gewerkschaften in die Kritik geraten. Auch in der Union wächst wieder der Widerstand. Nach den Auseinandersetzungen um Mindestlohn und Rentenpaket wolle Merkel in der Sommerpause nicht auch noch eine unionsinterne Diskussion über die Tarifeinheit, heißt es in Koalitionskreisen. mad



Pofalla, Niebel

Kanzleramt Schnelle Wechsel, spätes Gesetz

Seit mehreren Monaten stecken im Kanzleramt die Pläne fest, wie künftig der Übergang von ausscheidenden Politikern in Unternehmen zu regeln ist. Das Bundesinnenministerium hatte das Konzept für die geplante Übergangsfrist („Karenzzeit“) erarbeitet und dann an das Kanzleramt weitergeleitet. Anlass war Anfang des Jahres die Debatte um den Wechsel von Ex-Kanzleramtschef Ronald Pofalla (CDU) zur Deutschen Bahn. Damals wurde ein Gesetz zur Karenzzeit angekündigt, die zwischen einem Abschied aus der Politik und

dem Start in der Privatwirtschaft liegen soll. Die Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Bundestagsfraktion, Christine Lambrecht, fordert angesichts der Verzögerung: „Anfang des Jahres haben wir verabredet, dass das Kabinett eine Regelung vorlegt – ich erwarte, dass das kurz nach der Sommerpause geschieht.“ Die Sozialdemokraten könnten sich eine Karenzzeit von mehr als zwölf Monaten vorstellen. „Uns geht es darum, schon den Anschein von Interessenkonflikten beim Wechsel zwischen Politik und Wirtschaft zu vermeiden.“ abe, kn



**CDU-Politiker
Ronald Pofalla:**
bis Dezember 2013
Chef des Bundeskanzleramts, ab
Januar 2015 bei der
Deutschen Bahn



**FDP-Politiker
Dirk Niebel:**
bis Dezember 2013
Bundesentwicklungshilfeminister,
ab 2015 beim
Konzern Rheinmetall



Rapsfeld mit Biogasanlage

Ökostrom Abgeordnete fühlen sich getäuscht

Parlamentarier aus Regierung und Opposition sehen sich vom Bundeswirtschaftsministerium hintergangen. Vorige Woche mussten sie über einen Änderungsantrag zur gerade beschlossenen Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes abstimmen. Der sei durch handwerkliche Fehler nötig, sagte Staatssekretär

Rainer Baake den Abgeordneten, ein Verweis sei falsch benannt worden. Doch in dem Änderungsantrag verbirgt sich auch eine inhaltliche Veränderung des Gesetzes: Als Stichtag der Neuregelung gilt statt des 1. August dieses Jahres nun der 1. Januar 2015. Damit dürften wohl noch fünf Biogasanlagen von den alten Regelungen profitieren. Der Grünen-Abgeordnete Oliver Krischer sieht sich hinter Licht geführt: „Da ist noch

ein kleines Geschenk für die Bauernlobby der CSU in das Gesetz geschummelt worden.“ Ihm ist dies erst nach sorgfältiger Lektüre aufgefallen. Verdächtig: In der schriftlichen Begründung für den Änderungsantrag erwähnt das Wirtschaftsministerium die geänderte Stichtagsregelung nur kryptisch. Ein konservatives Kabinettsmitglied lästerte bereits über das Durcheinander in Sigmar Gabriels Ministerium. gt